

einzelnen Diözesen in zunehmendem Maß Überlegungen zu einer veränderten Taufpraxis angestellt und entsprechende Modelle auch praktiziert. Welche *Lösungsrichtung* dabei maßgebend ist, zeigt eine die bisherige französische Diskussion sichtende Veröffentlichung (*Henri Denis, Charles Paliard, Paul-Gilles Trebossen, Le baptême des petits enfants*, Paris 1980): Die Autoren plädieren dafür, die Kirche möge offiziell verschiedene Möglichkeiten anerkennen, neben der Kindertaufe (deren Sinnhaftigkeit und Möglichkeit nicht geleugnet wird) auch die Taufe zu einem späteren Zeitpunkt, der dann eine mehrere Etappen umfassende Vorbereitung vorausginge. Anstelle der Kindertaufe träte in den anderen Fällen ein *rite-d'accueil*“, wie er in Frankreich teilweise schon praktiziert wird.

Solchen Ansätzen erteilt die Instruktion der Glaubenskongregation eine deutliche Absage, ohne daß die hinter ihnen stehende pastorale Sorge gelehnet würde. Auch der Vorsitzende der französischen Bischofskonferenz, Kardinal *Roger Etchegaray*, betonte in einer Stellungnahme zu dem römischen Dokument, daß man, worauf die französischen Bischöfe immer wieder hingewiesen hätten, die Kindertaufe nicht als „fakultativ“ betrachten dürfe. Gewiß ist das *Gewicht der Argumente*, die die Glaubenskongregation, wenn auch teilweise zu undifferenziert, für die Kindertaufe vorbringt, nicht zu leugnen genausowenig wie die Schwäche etlicher Einwände, die gegen die kirchliche Praxis vorgebracht werden. Gleichzeitig bestätigt das Dokument ja auch, daß hinter die im letzten Jahrzehnt vor allem auf dem Hintergrund theologischer Einsichten in den Zusammenhang von Glaube und Sakrament erneuerte Taufpastoral kein Weg zurückführt. Schließlich sind auch die Schwierigkeiten einer möglichen veränderten Taufpraxis nicht zu verkennen; so stellt das Dokument fest, daß viele Eltern Ärgernis nähmen, wenn sie feststellten, „daß die Taufe, die sie selber in vollem Pflichtbewußtsein für ihre Kinder erbitten, verweigert oder aufgeschoben wird“.

Dennoch dürfte mit dieser Instruktion kaum das letzte Wort gesprochen sein,

vor allem im Blick auf die Fragen, bei deren Behandlung das römische Dokument am wenigsten zu überzeugen vermag; „Taufe und gesellschaftliche Verhältnisse“ sowie „Kindertaufe und Sakramentenpastoral“. Zwar verläuft die Entwicklung nicht in allen Ortskirchen einheitlich; dennoch könnten weitere Veränderungen volkskirchlicher Strukturen noch stärker als bisher auf die Taufpraxis durchschlagen (größerer Anteil von Spät- und Erwachsenentaufen). Damit würde sich der Stellenwert der Kindertaufe schon *de facto* ändern und entsprechende pastorale und theologische Überlegun-

gen notwendig machen, ohne daß dabei die Legitimität der Kindertaufe bestritten oder sie bewußt zurückgedrängt würde.

Es bräuchte dann allerdings sicher mehr *Spielraum für verantwortete Experimente*, als ihn die Instruktion zugesteht, die letztlich doch zu einseitig an der Notwendigkeit der Kindertaufe festhält, ohne auf grundlegende Bedenken überzeugend einzugehen. In diesem Zusammenhang dürfte von besonderem Interesse sein, wie sich die Dinge in den nächsten Jahren in der französischen Kirche entwickeln.

U. R.

Nicaragua: scharfe Reaktion des Episkopats

Die Sozialistische Internationale hat auf ihrem Madrider Kongreß im November ein Hilfskomitee für Nicaragua gegründet, das sich zunächst einmal gründlich über den „revolutionären Prozeß des Wiederaufbaus“ in dem mittelamerikanischen Land informieren will. In Madrid wurde deutlich, daß das Interesse und die Sorge des Kongresses insbesondere der nur *schwer einzuschätzenden innenpolitischen Entwicklung* Nicaraguas gelten. Eindeutiger als bei diesem bisher mit den Sandinisten sympathisierenden Gremium ist die Skepsis in den Vereinigten Staaten, auf deren neugewählten Präsidenten die Kommandanten in Managua ihre Furcht vor einer völligen Kursänderung der amerikanischen Lateinamerikapolitik projizieren. Innerkirchlich hat sich der Lateinamerikanische Bischofsrat CELAM im vergangenen Jahr in zahlreichen Initiativen bemüht, die nicaraguanische Kirche auf die nach seiner Meinung unausweichliche ideologische Auseinandersetzung vorzubereiten.

Parallel zu einer innenpolitischen *Verschärfung der Gegensätze zwischen dem militanten Sandinismus und bürgerlichen Politikern* zeigt auch das Verhältnis von Kirche und Staat in Nicaragua problematische Seiten. Die ausführliche und unerwartet scharfe *Entgegnung des Episkopats* (vom

13. Oktober) auf die „Offizielle Stellungnahme des Nationalen Direktorioms der Sandinistischen Befreiungsfront FSLN über die Religion“ (6. Oktober) hat die ideologische Diskussion im Land wieder aufleben lassen, geschürt von den tagespolitischen Ereignissen, die insgesamt auf eine starke Eingrenzung des politischen und gesellschaftlichen Pluralismus hindeuten. Als daraufhin kirchliche Gruppen, vor allem Mitglieder der nationalen Religiosenkonferenz CONFER sowie der Leitung der Jesuitenprovinz, „Überraschung und Sorge“ über das Dokument der Bischöfe äußerten, das sie für „äußerst polemisch und sogar beleidigend“ hielten, verfaßten die Bischöfe Ende Oktober ein Pastoral Schreiben mit dem Titel „Jesus Christus und die Einheit seiner Kirche in Nicaragua“. Darin versprachen sie, der neuen historischen Erfahrung des Landes Rechnung zu tragen, wandten sich aber gegen die „Offensive materialistischer Ideologien“, zudem wiederholten sie ihre ernststen Vorbehalte gegen die politische Betätigung katholischer Priester in der sandinistischen Führung.

Damit steht die nicaraguanische Kirche an der Schwelle einer gefährlichen Entwicklung, der eine Gruppe von Bischöfen um den Erzbischof von Managua, *Miguel Obando Bravo*, bisher mit Offenheit und Dialogbereitschaft ent-

gegenwirken wollte: der Spaltung innerhalb des Kirchenvolkes bzw. zwischen Bischöfen und politisiertem Klerus. Erste Anzeichen für die distanziertere Beurteilung der Politik des revolutionären Aufbaus, den der nicaraguanische Priester und Dichter *Ernesto Cardenal* in Europa zur gleichen Zeit euphorisch pries, waren die Proteste an der Ostküste gegen kubanische Lehrer und Ärzte und der Vorwurf Erzbischof Obandos, die neuen Lehrpläne enthielten zweifelsfrei marxistisch-leninistisches Gedankengut.

Der Austausch von Kommuniqués zwischen kirchlicher und staatlicher (Partei-)Führung hat allem Anschein nach eine *neue Phase nicaraguanischer Kirchenpolitik* eingeleitet, die von kirchlicher Seite zähe Verhandlungen erfordern dürfte, wenn sie ihren Freiraum zur umfassenden Erfüllung des Verkündigungsauftrags erhalten will. So verbindlich das Kirchenpapier der FSLN abgefaßt ist, so nachdrücklich es Garantien für die Religionsfreiheit im revolutionären Nicaragua verspricht – die Bischöfe halten es offenbar für mangelhaft und unzureichend. Ihr Dokument schwankt zwischen sachlich ausgewogener Darstellung der Mängel und polemisierenden Interpretationen, die auf eine gewisse Bereitschaft der Kirche zur Konfrontation schließen lassen.

Ein Vergleich der beiden Texte legt die Vermutung nahe, daß das Kommuniqué der FSLN den Bischöfen einen willkommenen Anlaß bot, sich mit der Ideologie der neuen Machthaber und den konkreten politischen Auswirkungen auseinanderzusetzen und ihre *Befürchtungen hinsichtlich totalitärer Entwicklungen* zu Gehör zu bringen; das Kommuniqué selbst bietet wohl zu wenig Angriffsfläche für eine kirchliche Entgegnung dieses Stils. Es würdigt den historischen „Beitrag der katholischen Kirche zum Sieg des Volkes gegen das Schreckensregime Somozas“: „eine große Zahl sandinistischer Aktivisten und Kämpfer hat die Beweggründe für die Teilnahme am revolutionären Kampf der FSLN in der Interpretation ihres Glaubens gefunden. Viele von ihnen ... vergossen sogar ihr Blut, um die Saat der Befreiung aufge-

hen zu lassen.“ Das Papier, das eher im Stil einer Ad-hoc-Stellungnahme als einer sorgfältig ausgefeilten Grundsatzerklärung abgefaßt ist, verrät das Bemühen der sandinistischen Führung, „revolutionäre“ Katholiken in die FSLN zu integrieren, ansonsten aber Kirche und Politik auseinanderzuhalten („Die Revolution und der Staat haben einen anderen Ursprung, andere Zielsetzungen und andere Einflußsphären als die Religion; für den revolutionären Staat ist die Religion Angelegenheit jedes einzelnen, der Kirchen sowie privater, religiös gesonnener Organisationen“).

Das bischöfliche Dokument hingegen will die einfache sandinistische Formel, Katholiken interessierten nur insoweit, als sie am revolutionären Prozeß mitzuwirken bereit sind, nicht gelten lassen. Einer kurzen Bemerkung der Anerkennung für die prinzipielle Stellungnahme zur Rolle der Religion und der Kirche in Nicaragua lassen die Bischöfe eine breitangelegte Beschreibung des kirchlichen Auftrags „zur Klärung einiger Begriffe“ des staatlichen Kirchenpapiers folgen. Kernpunkt der Erklärung ist die Forderung nach *Beteiligung aller und des ganzen Volkes an den politischen Entscheidungen* im neuen Nicaragua: „Ein Volk, das am Gebrauch seiner rechtmäßigen Freiheit gehindert wird, ist ein gedemütigtes Volk“, schreiben die Bischöfe und erinnern daran, daß die Befreiung des Volkes nicht mit dem Sieg über Somoza zu Ende sein dürfe. Nicaragua verlange nach seiner historischen Befreiung und nicht nach einem „neuen Pharao“: „Eine Armee ohne (Rückhalt im) Volk verwandelt sich schnell in eine Besatzungsmacht“, heißt es in dem Text der Bischöfe, die auch an anderer Stelle ihre Skepsis darüber äußern, ob die sandinistische Politik tatsächlich Ausdruck des Volkswillens sei („Hier zeigt sich, daß man ein Volk nicht befreit, indem man den Führer auswechselt, sondern indem man es mit seinen eigenen Ausdrucksformen und Organisationen zum Herrn und Führer der Nation macht“).

Die Kirche, so legen die Bischöfe in einer grundsätzlichen Überlegung dar, sei von *zwei gegensätzlichen politi-*

schen Interpretationen gefährdet. Die „liberalistische“ mache Religion zu politisch bedeutungslosen Privatsache des Bürgers und dränge sie an den Rand des politischen und gesellschaftlichen Geschehens. Totalitäre Herrschaftsformen hingegen versuchten die Kirche als Instrument für ihre Zwecke zu nutzen. In der sandinistischen Politik tue sich, so interpretieren die Bischöfe den derzeitigen Trend, ein Widerspruch auf: Während die FSLN einerseits die „religiösen Motive“ der christlichen Sandinisten im Befreiungskampf würdige, erkläre sie die Religion jetzt zur Privatsache, „was eher für ein liberalistisches als für ein sozialistisches Konzept spricht“. Dazu heißt es abschließend: „Die zweckgebundene Beteiligung (des Volkes am politischen Geschehen) dient dem Menschen nicht, sie dient nur dem Unterwerfungsprozeß. Die Empfehlungen des Klerus und der Kirche werden zur Vermassung des Volkes benutzt. Als Christen steht es uns zu, eine bewußte und beschlußkräftige Beteiligung des Volkes als freie Menschen und nicht als Sklaven zu fordern.“ In diesem Zusammenhang warnen die Bischöfe vor „neuen interventionistischen Übergriffen“, ohne jedoch das Land Fidel Castros beim Namen zu nennen.

Das längste Kapitel der elf Seiten umfassenden Erklärung trägt den Zwischentitel „Irrtümer“ und kritisiert auch konkrete, die Kirche unmittelbar betreffende *Merkmale der sandinistischen Politik*. So könne die von außen betriebene Verfälschung des priesterlichen Auftrags (Politisierung des Klerus) die Kirche des Landes spalten. Die im staatlichen Kirchenpapier enthaltene Ablehnung religiöser Proselytenmacherei in den Reihen der FSLN, die, wie es dort heißt, „Element der Uneinigkeit“ bedeuten würde, veranlaßt die Bischöfe ihrerseits zu der Frage, wie sich diese Aussage mit dem vereinbaren lasse, was Staatsorgane und untergeordnete Kommissionen gegenwärtig gegen Glauben und Religion unternehmen: „Man indoktriniert und übt Druck aus unter Anwendung verschiedener, aber hinreichend bekannter Methoden“, was einem atheistischen Proselytismus gleichkomme.

Gegen Schluß des Dokuments präzisieren die Bischöfe noch einmal das – prinzipiell positive – kirchliche Verständnis der nicaraguanischen Revolution, wie sie es in früheren Stellungnahmen, vor allem in dem Hirtenbrief vom 17. November 1979, getan hatten. „Als Christen wollen wir – und haben es auch bereits gefordert – schwerwiegende und tiefgreifende Veränderungen. Wir sind radikal, aber keine Ex-

tremisten. Wir fordern revolutionäre Veränderungen. Aber wir müssen uns immer wieder fragen: Welche Revolution wollen wir? ... Die Kriege werden von den Mächtigen geführt und finanziert ... Die Revolutionen macht das Volk, großzügig und opferbereit, um zu größerer Menschenwürde zu gelangen ... Mit diesem Volk und mit dieser Revolution sind wir.“

Nach diesem „Notenwechsel“ zwi-

schen Kirche und Staat in Nicaragua stellt sich die Frage nach der Wirkung. Kann das Wort der Bischöfe, was beabsichtigt war, die gefürchtete totalitäre Entwicklung verhindern helfen, oder beschleunigen sie den Prozeß mit ihrer Stellungnahme zu einem Zeitpunkt, da das Regime der bürgerlichen Opposition, das heißt allen Nicht-Sandinisten, jeden politischen Einfluß zu entziehen versucht.

G. B.

Entwicklungen

Mehr Risiken als Chancen

Zur Entwicklung in Polen

Die Vorgänge in Polen verdienen schon deswegen größte Aufmerksamkeit, weil sie weltpolitische Auswirkungen haben können. Ob in Europa die Entspannungspolitik bzw. letztlich sogar der Friede erhalten bleiben, wird gegenwärtig vor allem in Polen entschieden. Die Entwicklung in Polen könnte darüber hinaus auch für die kommunistische Theorie und Praxis nachhaltige, noch nicht absehbare Auswirkungen haben.

Wenn man die gegenwärtige Situation beurteilen und Schlußfolgerungen ziehen will, so muß man die Vorgeschichte der Ereignisse beachten. Hier seien nur einige Faktoren in Erinnerung gerufen:

– Als Folge *innenpolitischen Drucks* (Streiks und begrenzte Auflehnungen bereits 1956, 1970 und 1976) konnte sich Polen (nach Ungarn) zu einem der freizügigsten kommunistischen Länder entwickeln. Die meisten Polen hatten das Recht zu Auslandsreisen, westliche Druckerzeugnisse einschließlich Zeitungen waren frei erhältlich, im kulturellen Bereich gab es relativ wenig Reglementierungen.

– Polen wurde 1980 zum Land mit den größten *wirtschaftlichen Schwierigkeiten* im Warschauer Paktbereich. Selbst bei Grundnahrungsmitteln waren die Versorgungsmängel umfangreich und lang anhaltend. Schuld an dieser Misere war nicht nur das Mißmanagement staatlicher Planbürokratie sowie die Erhöhung der Weltmarktpreise und Mißernten, sondern auch Schlendrian und Korruption sowie eine teilweise recht bedenkliche Arbeitsmoral. Der Abbau unvertretbar gewordener Subventionen sowie Bemühungen um einen halbwegs ausgeglichenen Staatshaushalt führten zu beträchtlichen Preissteigerungen und zugleich – da man mehr exportieren mußte, um Auslandsschulden abzutragen – auch zu größeren Ver-

sorgungsschwierigkeiten. Der Alltag der Bevölkerung ist bedeutend härter geworden. Da nicht wenige polnische Bürger durch Besuche im Westen, in der DDR oder auch in der ČSSR Vergleichsmöglichkeiten haben, werden die Unzulänglichkeiten im eigenen Land noch drastischer empfunden.

– Verglichen mit anderen kommunistischen Führungen war die polnische einerseits konzilianter, liberaler und nationalbetonter, andererseits wurden aber auch in stärkerem Maße Schlamperei und Korruption hingenommen. Während man sich in einigen anderen kommunistischen Staaten nicht scheute, Fachleuten, auch wenn diese sich nicht zur Partei bekennen, gewisse Führungspositionen anzuvertrauen, war man in Polen diesbezüglich ängstlich. Arbeiter und Intellektuelle, die unbequem waren, lebten zwar meist in Freiheit, aber in materieller Not, weil man sie nicht beschäftigte.

Selbstkritische Deutungen

Zur Erklärung der Vorgänge der letzten Monate gibt es recht bemerkenswerte selbstkritische Deutungen aus Polen selbst, verbunden mit Andeutungen eines Auswegs. Eine Analyse des polnischen Soziologen *Wladyslaw Markiewicz* ist wohl am beachtenswertesten, zumal man diese als offiziös ansehen darf, weil sie von der Warschauer Staatsagentur „Interpress“ verbreitet wurde: „Die Arbeiterunruhen waren ein massenhafter und verzweifelter Protest gegen die bürokratisch-technische Entartung des Verwaltungssystems, die seit langem spürbar war und auch von der Partei verurteilt war. Jede derartige Bewegung hat in der Regel mehrere Dimensionen.“ Markiewicz führt an, daß solche Unruhen nicht wie ein Blitz aus heite-